

GdP macht Vorschläge zur Polizeireform

Die Kritik an den von der Landesregierung geplanten Personalkürzungen nimmt zu. Nun mahnt auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ein Umdenken bei der laufenden Polizeireform an. Sie sieht die Leistungsfähigkeit der Polizei gefährdet und macht deshalb Änderungsvorschläge.

(03.09.2015) Die GdP verweist auf die immer höhere Einsatzbelastung der Polizei: Zunahme bei Einbruchsdelikten, mehr Einsätze bei Fußballspielen und politischen Demonstrationen – aktuell komme die Flüchtlingsproblematik hinzu. Anders als versprochen müsse man weiterhin auch Aufgaben erfüllen, die eigentlich andere übernehmen sollten, zum Beispiel die Sicherung von Schwertransporten. Gründe genug für die GdP, den geplanten Personalabbau in Frage zu stellen.

[GdP macht Vorschläge zur Polizeireform \[Video, aktueller bericht, 03.09.2015, Länge: 2:50 Min.\]](#)

Der Landesbezirksvorsitzende Ralf Porzel fordert daher eine personelle Grundsicherung in der Polizei. Dies müsse zum einen über Neueinstellungen, zum anderen über organisatorische Veränderungen geschehen. Man müsse den eingeschlagenen Weg überdenken, sonst werde die Reform aus Sicht der Gewerkschaft scheitern.

Umdenken bei B-Inspektionen gefordert

Die Reform wurde 2010 auf den Weg gebracht, soll bis 2020 zum Abbau von 300 Stellen bei der Polizei führen. Die GdP rechnet vor, dass es mittlerweile sogar faktisch 350 seien – zu viel, um die Polizei in der Fläche und leistungsfähig zu halten. Umdenken müsse man auch bei den sogenannten B-Inspektionen, die nur noch mit sehr wenig Personal besetzt und nachts teilweise geschlossen sind. Fast die Hälfte der Polizeiinspektionen im Land fällt darunter.

[Mehr zum Thema](#)

[➔ GdP sieht Nachbesserungsbedarf bei Polizeireform](#)

Für die GdP ein kräftezehrender Etikettenschwindel der durch einen harten Schnitt beendet werden müsse. Dieser bedeute zunächst einmal kein Siechtum, erklärt Porzel. Statt einem „Sterben auf Raten“ gelte es, einen Prozess umzusetzen, dessen erster Schritt nicht die Schließung einer Inspektion, sondern die Reduzierung auf die Kernzeiten wäre. Nachts sollten alle B-Inspektionen schließen. Die rund um die Uhr besetzten A-

Inspektionen könnten bei Bedarf einspringen.

Überstunden auf 50.000 gewachsen

Das Personal könne so sehr viel effektiver eingesetzt werden. Außerdem seien viele B-Inspektionen so dünn besetzt, dass bei Krankheitsfällen ganze Dienstpläne nicht mehr funktionierten. Landesweit seien die Überstunden bei der Polizei seit Reformbeginn ohnehin um 50.000 Stunden angewachsen.

(Christoph Grabenheinrich / Onlinefassung: Christian Schwarz)